

# Schwarzwälder Tageszeitung

## Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteina-Stadt

Abdruckpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Hg., die Reklamezeile 45 Hg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturgen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Erscheint wöchentl. 8 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Hg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: "Tannenblatt" / Tel. 11

Nummer 30

Altensteig, Freitag den 6. Februar 1931

54. Jahrgang

### Der Reichskanzler vor dem Reichstag

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskasse in Verbindung mit dem nationalsozialistischen Antrag auf Reichsausschüttung.

Abg. Stöcker (K.) beantragt, mit der Etatberatung die Beratung einer kommunalistischen Interpellation zu verbinden, in der behauptet wird, von der Volkspartei und anderen Regierungsparteien sei in Verbindung mit Regierungsmitteln ein Staatsstreich geplant, durch den der Reichstag ausgeschaltet und eine Nationalversammlung einberufen werden solle.

Präsident Lohde weist darauf hin, daß die Interpellation zu spät eingegangen sei, um heute behandelt zu werden.

Abg. Stöcker (K.): Sie kann sofort behandelt werden, wenn der Reichskanzler sich zur Beantwortung bereit erklärt. (Reichskanzler Dr. Brüning ruft: „Ich bin bereit!“)

Präsident Lohde: Der Herr Reichskanzler hat sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt. (Weiterkeit.)

Mit der Beratung sind weiter verbunden Mikrouersandträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Der Kanzler wird von den Kommunisten mit „Nieder!“-Rufen und „Hundertblätter“ empfangen. Er erklärt dann, daß angesichts der heutigen Krise in Wirtschaft und Politik die parlamentarische Erziehung des Staats eine Frage ersten Ranges sei. Er dankt dem Finanzminister dem Reichstag, dem Haushaltsausschuß des Reichstages und allen, die an der Beschleunigung der Etatberatung mitgewirkt hätten, für ihre Arbeit und führt dann fort: Evident ist die große zum großen Teil bedingt durch weltwirtschaftliche Umwälzungen. Sie ist aber auch bedingt durch eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der deutschen Politik und Wirtschaft. Es ist entscheidend für die zukünftige Entwicklung, daß der Etat auf normalem parlamentarischem Wege verabschiedet wird. (Zuruf der Kommunisten: Was für ein Etat?) Der vorliegende (Große Heiterkeit) Ich kann darauf hinweisen, daß kaum jemals so frühzeitig wie in diesem Jahre der Etat dem Reichstag und Reichstag vorgelegt worden ist. Mein Appell ergeht an den Reichstag, alles daran zu setzen, um in parlamentarischer Verabschiedung dem Etat bis zum 11. März Gesetzeskraft zu verleihen. Das Ausland sieht mit großem Interesse auf die Beratung dieses Etats und auf die Art seiner Verabschiedung.

Auf die Interpellation des Abg. Stöcker kann ich sofort antworten, daß die Reichsregierung solchen Diktaturvorwürfen, wenn sie überhaupt bestehen sollten, reflexlos ablehnend gegenübersteht. (Unruhe bei den Kommunisten.) Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Reichsregierung in gerade den größten Wert darauf legt, daß der Haushalt parlamentarisch verabschiedet wird. Die Reichsregierung hat in der Vergangenheit wiederholt vom Artikel 48 der Reichsverfassung Gebrauch gemacht. Es ist nicht ihre Absicht, bei der Verabschiedung des Etats von dem gleichen verfassungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Bei autem Willen und vollem Verantwortungsbewußtsein des Parlaments muß die rechtzeitige parlamentarische Verabschiedung des Etats möglich sein.

Der vorliegende Etat ist aufgebaut auf äußerster Sparsonette (Rufe bei den Kommunisten: Nicht bei der Reichswehr!) und vornehmlichster Schöpfung der Einnahmen. Die Reichsregierung ist entschlossen, im Falle weiterer Mindererträge bei gewissen Einnahmefällen die Ausfälle nicht durch neue Steuern oder Vermehrung der Schulden zu decken, sondern nur durch eine weitere Senkung der Ausgaben und Ersparnisse. Die Reichsregierung befindet sich in dieser Frage einig mit den Forderungen einzelner Reichstagsparteien, auch der Deutschen Volkspartei. (Zuruf links: „Dingelbein aufstehen!“ — Weiterkeit.) Die Regierung erachtet die Ermächtigung, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu machen, (Gehächter rechts.) Solche Ersparnisse werden wesentlich nach Durchführung gewisser Reformen in der Verwaltung möglich sein. Die Ermächtigung soll für In- und Ausland eine Garantie sein, daß die Reichsregierung ihren Weg zur sichereren Fundamentierung des Haushalts weitergehen will. Dieser Weg ist auch der sicherste für eine baldige Lösung der Reparationsfrage. (Gehächter rechts.) Die Reichsregierung ist sich mit allen Kreisen der Bevölkerung darüber einig, daß die Reparationsfrage wie ein düsterer Schatten über dem ganzen deutschen Volke und über allen Rettungsmöglichkeiten liegt. Die theoretischen Lösungen der Reparationsfrage sind nicht geeignet, der Reichsregierung eine Stütze in ihren vorbereitenden Maßnahmen zu geben. (Zustimmung in der Mitte!)

Es ist bedauerlich, daß im Ausland die Erkenntnis nicht wächst, daß Deutschland monche wirtschaftspolitischen Maßnahmen treffen muß, die im Auslande unangenehm empfunden werden, um überhaupt Reparationen bezahlen zu können. Wir müssen uns die Freiheit nehmen, trotz aller handelspolitischen Ziele, die von der bisherigen Politik nicht abzuweichen, dafür zu sorgen, daß wir die Reparationsleistungen, solange eine andere Gesamtlösung nicht erzielt ist, so erfüllen, daß wir sie aus eigener Kraft unter Stärkung der eigenen Landwirtschaft und Industrie leisten. Teillösungen, wenn sie mit für uns unangenehmen Bedingungen verknüpft sind, sind für die Reichsregierung unannehmbar. Die Regierung ist vielmehr geneigt, die gesamte Wirtschaft- und Finanzpolitik so anzubahnen auf lange Sicht, daß wir eine Gesamtlösung sicher vorbereiten können. In den Dienst der Vorbereitung dieser Ge-

staltung wird die Reichsregierung ihre gesamte Kraft stellen. Im übrigen ist die Reichsregierung nicht geneigt, sich das Tempo und den Zeitpunkt besonderer Schritte aus innerpolitischen Gründen diktieren zu lassen.

Die Regierung wird sich nicht aus Populärissimusgründen in Situationen hineinmanövrieren lassen, aus denen nicht eine Besserung der Lage, sondern eine Schädigung des deutschen Volkes entstehen kann. (Beifall und Unruhe.) Wir sind fest entschlossen zu diesem Standpunkt unter allen Umständen zu stehen. Wir nehmen gern die damit verbundene Unpopulärkeit in Kauf, aber wir werden nicht die historische Verantwortung dafür tragen, daß wir in eine Situation hineinmanövriert werden, aus der für Deutschland keine Rettung und Besserung entsteht. In der nächsten Woche werden wir bei der außenpolitischen Debatte auf diese Dinge näher eingehen können.

In den Verhandlungen, die wir in der letzten Woche mit Vertretern der Landwirtschaft geführt haben, ist es möglich gewesen, zu einer Einigung über einen Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft zu kommen. Es besteht Übereinstimmung darin, daß die Rettung der Landwirtschaft auf lange Sicht nicht allein auf Selbstmaßnahmen beruhen kann. (Abg. Torgler, Kom.: Wo bleibt der Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft?) Warten Sie nur, Herr Torgler, auf diese Frage werde ich auch noch kommen.) Die Regierung wird in kürzester Frist dem Reichstag und Reichstag die Maßnahmen vorlegen, die in gemeinsamer Beratung mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft als zweckmäßig erkannt worden sind. Diese Maßnahmen sollen aber keineswegs die Selbsthilfe, auf die es bei der Hilfe bei der Landwirtschaft besonders ankommt, irgendwie ausschalten. Die Reichsregierung will mit diesen Maßnahmen in voller Übereinstimmung mit der bekannten Kundgebung des Reichsausschusses der Landwirtschaft handeln und bei den Landwirten wieder Mut, Vertrauen und Glauben an die eigene Kraft erwecken. (Lachen rechts.) Sie will allen Grenzgebieten Hilfe bringen, vor allem aber die dringende notwendige Hilfe für den deutschen Osten. Auch über das große Ostbilanzdefizit ist zur Stunde eine restlose Einigung nahezu erzielt worden, und wir werden uns schon in der nächsten Woche gesetzmäßig mit dieser Frage beschäftigen. Die Schwierigkeit der Lösung ist deshalb so groß, weil die Meinung in der Landwirtschaft des Ostens selbst geteilt ist. Viele wollen keine Umschuldung, sondern nur eine allgemeine Balkenentlastung. Die Reichsregierung will Umschuldung und Balkenentlastung verbinden, sie will keineswegs auf die Umschuldung verzichten. Eine zweite schwere Sorge ist für die Reichsregierung wie für uns alle die Arbeitslosigkeit, die in letzter Zeit noch gesteigert worden ist durch Kreditverweigerungen. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) Die Regierung hat eine Kommission einberufen, um diesen Gesamtschmerz durch Besprechungen mit den maßgebenden Instanzen der Wirtschaft und der Arbeiterkraft zu unteruchen und zu einer Lösung zu kommen. Die Möglichkeit einer solchen Lösung hängt aber hier ebenso wie bei der Ostbilanz davon ab, ob der Etat rechtzeitig verabschiedet werden kann. Die Regierung richtet an den Reichstag die Mahnung, sich der großen Verantwortung voll bewußt zu sein. Aus diesem Gesichtspunkt bezieht es die Regierung das eine Mehrheits sich zusammenschließen hat, um im Interesse eines besseren Geschäftsganges die Geschäftsordnung zu ändern. (Zuruf rechts: Es lebe die Demokratie!) Wir sind überzeugt, daß eine Demokratie uns so härter und umso ansehener ist, je mehr sie die Verantwortung läßt, die ihr auferlegt ist. (Lebhafte Beifall in der Mitte.) Die Vereinbarung über die Änderung der Geschäftsordnung ist ein Zeichen dafür, daß dieses Haus entschlossen ist, ebenso wie die Reichsregierung, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Fehler der Vergangenheit vermieden werden und daß eine Sicherung aller finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft gesichert ist, von der allein eine erfolgreiche Innen- und Außenpolitik letzten Endes abhängt. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Die Aussprache

Abg. Stöcker (Nat.Soz.) beantragt, nach dieser hochbedeutenden Erklärung des Reichskanzlers den Reichstag zu vertagen. Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Die Aussprache eröffnet Abg. Ulbricht (Kom.). Die Nationalsozialisten verlassen den Saal. Die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit bedeutet eine Verhöhnung der 5 Millionen Erwerbslosen. In Berlin seien an einem Tage acht Erwerbslose durch Selbstmord getötet. (Hört, hört!) bei den Kommunisten.) Angesichts dieser Not wage man noch, der Industrie Millionensubventionen zuzuschießen. In der Frage des Lohnbaus sehe man eine Einheitsfront der Kohlenbarone, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten. Von der Preislenkung habe der Reichskanzler beiseitegeredet, nicht mehr gesagt. Der Kampf gegen den Youngplan werde einzig und allein von den Kommunisten durchgeführt. Am 2. Februar würden die Massen dem Reichskanzler die gebührende Antwort geben.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.Soz.) wird von den Kommunisten mit lauten Rufen empfangen: „Nieder mit dem Arbeitermörder!“ Dr. Goebbels meint, es sei immerhin bemerkenswert, daß der Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstag noch eine Erklärung abgibt, hat sich aber die sonst übliche Verordnungs auf Grund des Artikels 48 zu bedürfen. Die Regierung bemühe

ng vergeblich, ihren Vortritt zu verschleiern. Wie wenig das deutsche Volk hinter dieser Regierung steht, das hat Dr. Brüning an den Kundgebungen bei seiner Ostreise erkennen können. Wenn das Ausland heute auf die Unertüchlichkeit der deutschen Reparationslast aufmerksam wird, so ist das nicht das Verdienst der Reichsregierung, sondern die Frucht des Nationalsozialistischen Massensturms. Es ist nicht wahr, Herr Reichskanzler, daß wir die Katastrophe wollen. Diese Katastrophe haben Sie ja schon herbeigeführt! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Urheber dieser Katastrophe hätten längst abtreten müssen. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Sie haben vorausgesehen, was nicht eingetroffen ist, und Sie haben uns eingesperrt, weil wir vorausgesehen, was eingetroffen ist. (Beifallsstöße.) Das Kabinett Brüning arbeitet nur mit Notverordnungen, im Volke heißt es, es verordnet die Not. Wenn in Oberschlesien dem Reichskanzler von arbeitslosen Proleten zugerufen wurde: „Hungerdiktator!“, so war das die Stimme des Volkes, die einmal die Stimme Gottes sein wird. (Beifall.) Wenn die Nationalsozialisten genötigt sind, zur Durchführung ihrer Ideen Gewalt anzuwenden, so ist das verschuldet durch den Terror, den die Bundesgenossen des Reichskanzlers anwenden. Man hebt die Immunitäten in Sauf und Bogen auf um uns zum Schweigen zu bringen. Diese Regierung lebt seit Monats an nur von Geschäftsordnungs-Tricks und Staatsstreik. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wird im Deutschen Reich nur gefährdet durch die Erlässe dieser Regierung. Nicht bei uns führen die Hochverräter, sondern in den Mittelparteien. Die Wähler der Weimarer Verfassung haben diese Verfassung durchschaut. Der Hochverrat, den Sie der Opposition vorwerfen, wird tatsächlich von der Regierung getrieben. (Beifallsstöße bei den Nationalsozialisten. — Präsident Lohde ruft den Redner zur Ordnung.) Die Katastrophe ist verschuldet worden durch die Politik dieser Systems, an der das Zentrum maßgebend beteiligt ist. Wir werden es besser machen, sobald wir die Macht haben. (Zurufe aus dem Zentrum: Vorher müssen Sie verschwinden!) Was würden Sie denn sagen, wenn unsere Sturmabteilungen morgen die Finanzstellen übernehmen? (Beifall.) Sie können an das Volk appellieren, indem Sie unseren Antrag auf Reichsausschüttung annehmen. Denn werden die Nationalsozialisten mit 180 Abgeordneten wiederkehren. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hält fest an ihrer klaren eigenständigen und trotigen Oppositionshaltung. Wir haben uns verpflichtet auf die Legalität des Weges, nicht des Zieles. Wir wollen legal die Macht erobern, aber was wir mit dieser Macht anfangen, das ist unsere Sache! (Beifallsstöße bei den Nationalsozialisten und Rufe: „Ihr werdet ja so blöhl!“) Wir werden eine wahre Regierung des Volkes bilden und dafür sorgen, daß Deutschland von Männern geführt wird. Die bürgerlichen Parteien trauern der Jugend nach, die sie verloren haben. Sie rufen immer: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!“ Nein, das ist falsch, richtig ist: „Wer die Zukunft hat, der hat die Jugend!“ Wir haben die Jugend, weil wir die Zukunft haben. (Beifall.) Die nationalsozialistische Bewegung macht sich heute zum Wortführer (Rufe links: „der Industriellen!“) des Volkswillens, der die Tributlasten ablehnt.

Wie Dr. Goebbels in seinen weiteren Ausführungen von einer schamlosen Betrugsgeschichte des Zentrums mit den Nationalsozialisten, wird er vom Präsidenten Lohde zum zweiten Mal zur Ordnung gerufen und auf die Folgen eines weiteren Ordnungsordens (Orientierung) aufmerksam gemacht. Dr. Goebbels schließt: Hätte das deutsche Volk nur die Aussicht auf den Youngplan, dann könnte es versauern; aber weil wir da sind (Lachen links) kann das Volk noch auf Befreiung rechnen. Wir führen es in den Kampf mit dem Rufe: „Deutschland erwecke!“

Die Nationalsozialisten klatschen am Schluß dieser Rede minutenlang Beifall; sie rufen dreimal „Heil!“ und verlassen dann gemeinsam den Saal.

Abg. Sellmann (S.): Nach dem demagogischen Gefühlsausbruch, den wir eben erlebt haben, kann man weiterhin, wo die Grenzen der Psychiatrie beginnen und die Grenzen der Politik aufhören. Die Herren Goebbels und Ulbricht könnten gemeinsam einen Salon für politische Astronomie aufmachen. (Sehr gut — bei den Sozialdemokraten.) Wir haben eine verheerende Wirtschaftskrise und eine hochkonjunktur für politische Prediger und Wunderdoktoren. Die Vertreter von 13 Millionen Deutschen, die nationalsozialistisch, kommunistisch oder deutschnational gemüht haben, konnten in diesem Hause nicht das geringste Positive leisten. Nur eine mannelange wirtschaftliche und politische Panik konnten sie verursachen. Wenn diese Panikstimmung allmählich verschwindet, so dank der festen Haltung der Sozialdemokratie. Die Sozialisten und die Republikaner Deutschlands sind zur höchsten Aktivität erweckt. Dieser Winter wird, bei aller Verjüngung, illegal zur Macht zu kommen, an der politischen Vernunft und an der physischen Kraft der Arbeiterkraft scheitern. Der Stahlhelm mit seinem Volksbenedicten in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem Antrage auf Reichsausschüttung wollen neue Panikstimmung erzeugen. Diese Politik hat zum Ziel: erhöhte Unsicherheit der Wirtschaft, vermehrte Erwerbslosigkeit, neue Verwüstung der Staatsfinanzen, neue Kapitalflucht, neue Kreditverweigerungen, neue Inflation, gesteigerten Ruin mittelständischer und bäuerlicher Existenzen, neue Gefahren für Sozialisten und Beamtengehälter, neuen Lohnabbau, weitere Herabdrückung des Lebensstandards. Nicht viele in diesem Hause werden glauben, daß dieser Reichstag 4 Jahre durchhält. Aber die Volksoberzeugung darf nicht zum Spiel für solche Leute werden, die mit der Volkstimmung a la Hauke und a la Basse inspektieren. Es droht uns die Diktatur des Monopolkapitalismus!



er will eine kapitalistisch gefesselte Wirtschaft und eine kapitalistisch gefesselte Arbeiterschaft. Dem Gemisch von Unfähigkeit und Unerschlichkeit, das die Nationalsozialisten darstellen, feiern wir unser Volk nicht aus. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung aber darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft!

Hr. Dr. Doehring (Dn.): Der Reichstagspräsident ist Exponent des Zentrums, also jenes Geduldes, von dem geschichtsmäßig bekannt ist, daß es heute sich als rechts ausweist und morgen sich als links bezeichnet. Es ist nicht leicht, als Zentrumsmann Minister zu sein, denn eine Linie ist nicht gezogen, ein Prinzip ist nicht da. Die Weltuhr hat jetzt eine Stunde geschlagen, in der für Mittelparteien kein Platz mehr ist. Die stärksten politischen Kräfte liegen heute bei den Extremen. Mit der durch und durch brüchigen Mitte ist nichts mehr zu retten, wir müssen nur fragen, wer von den Extremen rechts oder links der geschichtsbildende Faktor sein wird. Wir werfen dem Reichstagspräsidenten vor, daß er nicht mit der nötigen Deutlichkeit die Kriegsschuldfrage in die Weltöffentlichkeit wirft. Wir mahnen ihn weiter, daß in der Reparationsfrage endlich etwas geschehen muß. Mit der vom Reichstagspräsident begrüßten Geschäftsordnungsänderung soll doch die Opposition mundtot gemacht werden. (Widerstand in der Mitte.) Lösen Sie den Reichstag auf und Sie werden sehen, wo der Aufbruch der nationalen Kräfte sich allenthalben zeigt, jeher bald die Wahrheit über Theorie und Praxis der Restruktionspolitik erfahren. (Beifallstößen bei den Deutschnationalen.)

Hr. Dr. Kleiner (Dn.) bedauerte, daß der Reichspräsident sich unter dem verhängnisvollen Einfluß seiner Umgebung habe bestimmen lassen, den neuen Plan und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen anzunehmen. Das Polen-Milizen zur Aufrichtung gegen Deutschland schenke. Mit seiner Forderung vom März 1920 habe der Reichspräsident der Reichsregierung zur Pflicht gemacht, der unmittelbaren Not des deutschen Volkes mit allen denkbaren Mitteln zu helfen. Die Reichsregierung habe aber nichts getan, diese Forderung zu verwirklichen. Das Kabinett Brüning habe jede grundlegende und umwälzende Reform unterlassen, weil der Reichstagspräsident nichts tun könne, was nicht vorher die Billigung des preussischen Ministerpräsidenten gefunden habe. Ohne radikale Ausschaltung des Marxismus, ohne grundlegende Reformen, ohne die Verwirklichung eines vollkommen neuen Fundamentes deutscher Wirtschaftlichkeit blieben alle Not- und Hilfsprogramme unfruchtbares Stückwerk.

Im Laufe seiner Rede wurde Dr. Kleiner zur Ordnung gerufen, weil er auf einen Zwischenruf des Ministers Treutmann diesem antwortete: „Sie leben in dem ardenwahnähnlichen Glauben, das Ihnen erlaubt, immer eine schrodoelische Bemerkung auf der Zunge zu haben.“

Reichstagspräsident Dr. Brüning: Der Redner hat uns vornehmlich, daß die Mitglieder der letzten Reichsregierung bis 1920 nichts vom deutschen Osten gewußt hätten. Herr Dr. Kleiner, als Sie noch nicht im Reichstag saßen, habe ich eine Reihe von Jahren als Vertreter eines öffentlichen Wahlkreises im Reichstag gesehen. Meine zweite Rede in diesem Reichstag ist eine Rede gewesen, in der ich das Elend des deutschen Ostens ausmalte, besonders im Elendsgebiet von Waldenburg und Neutode. Ich will einmal ganz offen mit Ihnen reden. (Beifall in der Mitte.) Herr Kleiner, Sie sind zu jung im Parlament, um zu wissen, daß im Jahre 1927 mit Ihrer Partei zusammen eine Regierung gebildet worden ist und daß einer der ersten Schritte dieser Regierung war, auf meinen Vorschlag hin zuerst den deutschen Osten zu entschuldigen und dann an die Reparationsfrage heranzutreten. (Beifall in der Mitte.) Der Redner fährt in großer Erregung fort: Im entscheidenden Augenblick, wenn man vor den schwersten Entscheidungen steht, sind Sie jeweils aus der Regierung ausgetreten. Eine Koalition Ihrer Partei hat damals gegen unseren Arbeitsminister die Saisonarbeiter in die Arbeitslosenversicherung einbezogen. Diese Dinge müssen einmal festgestellt werden. Mit Verleumdungen und Verdächtigungen ist gegen diejenigen gearbeitet worden, die sich der Not des deutschen Ostens annahmen. Sie werfen uns vor, daß wir bei der Osthilfe nicht auf die Vorkämpfer von rechts eingegangen seien. Ja, glauben Sie denn, daß wir dem Geheimrat Hugenberg folgend eine neue Inflation herbeiführen wollen? Seine Vorkämpfer der Inflationswährung bedeuten doch eine neue Inflation. Wer, wie Sie (nach rechts) dem Reich die nötigen Mittel verleiht, der lehnt damit auch die Hilfe

für den deutschen Osten ab. Mit solcher Kalkulation erreichen Sie nichts für Ihre Partei, sondern Sie erreichen damit nur, daß die Massen entweder dorthin (zu den Nationalsozialisten) oder dorthin (zu den Kommunisten) gehen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.) — Fortsetzung: Freitag 3 Uhr.

Die Berliner Presse zur Brüning-Rede  
Berlin, 6. Februar. Die Berliner Morgenblätter sehen fast alle den wesentlichsten Punkt in den gestrigen Ausführungen des Reichstagspräsidenten in seinem Hinweis auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Erledigung des Elats.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Rede einen Appell an das Verantwortungsbewußtsein des Parlamentes. — Die „Germania“ bezeichnet die Ausführungen des Kanzlers zur Reparationsfrage als von besonderem Interesse. Unter Ablehnung von Teilösungen habe er erneut das Ziel proklamiert, Wirtschaft und Finanzen auf weite Sicht so aufzubauen, daß vom gesicherten Boden aus eine Gesamtlösung des Reparationsproblems erfolgreich in Angriff genommen und durchgeführt werden könne. — Die „Völkische Zeitung“ sieht in der Erklärung des Kanzlers ein Zeugnis von Selbstbewußtsein und Vertrauen zur eigenen Kraft, zur Bereitschaft der Nation einer verständigen Führung Gehorsamkeit zu leisten. — Auch der „Börsenkurier“ begrüßt die Neuherung des Kanzlers zur Reparationsfrage. Nichts wäre verhängnisvoller als Nachgiebigkeit gegenüber gewissen populistischen Strömungen im unrechten Augenblick. — Die „Deutsche Allg. Zeitung“ glaubt, daß es Beratungsmittel erfordere, wenn der verantwortliche Staatsmann erkläre, daß selbst pessimistischste interne Schätzungen über den Rückgang der Steuereinnahmen sich als unrichtig erweisen hätten. — Der „Vorwärts“ nennt die Rede ergänzungsbedürftig, wenn sie auch zur politischen Klarheit wesentlich beigetragen habe. — Die „Börsenzeitung“ meint, daß es weniger darauf ankomme, ob der Haushalt parlamentarisch oder nicht erledigt werde, sondern daß der Erfolg wichtiger als der Weg sei. Alle auf energetische innere Sanierung gerichtete Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik werde ihren Eindruck nicht verfehlen, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Parlament gemacht werde. Die parlamentarische Erledigung bringe die Gefahr mit sich, das Opfer auf den Altar derer gelegt werden, die man dafür brauche; auf den Altar der Sozialdemokraten. — Der „Sozialanleger“ spricht von einer „armen“ Rede, die Enttäuschung bei der Mitte und bei der Linken hervorgerufen habe. — Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt den „positiven“ Neuherungen des Kanzlers über die Osthilfe das „negative“ bei der Behandlung der Tribut- und Revisionsfrage gegenüber. Die Furcht vor der Erschütterung des fremden Kredites bei der Auflösung der Revision müßte als Argument verjagen.

### Wirth über Ebert

Berlin, 4. Febr. Reichsminister des Innern Dr. Wirth sprach im Rundfunk am Anfang des 60. Geburtstages des verbliebenen ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert Worte des Gedankens. Der Minister beklagte, daß auch heute noch nicht die Forderungen und persönlichen Angriffe gegen den verbliebenen Staatsmann und vorbildlichen politischen Führer ruhten. Ebert habe seinen staatsmännlichen Weltbild in klaren Urteilen und Entscheidungen, die von allen verstanden, unmissigen Illusionen und parteiabhängigen Fanatismus frei waren, bewiesen. Mit starkem Wirtschaftssinn und nationalem Bewußtsein habe Ebert seine Pflicht gesehen, um im Innern eine anarchisierende Chaos zu verhindern und außenpolitisch eine vernünftige Regelung der Reparationen zu erreichen. Die hundertjährige Leidenszeit des deutschen Volkes habe dem Reichspräsidenten Stunden tieferster Niedrigstlagen überbrückt. Nach der Entscheidung des Völkerrats über die Oberpfalz, 1921, als Ebert der Angriffspunkt zahlreicher Kränkungen gewesen sei, habe er zu Dr. Wirth gesagt, es sei wohl alles klar, daß er sich opfere. Er habe damals in der Tat ein schweres Opfer gebracht; es sei aber nicht vergeblich gewesen. Wenn heute die Einheit des Reiches gesichert und die Freiheit des deutschen Bodens in gewissem Maße wiedergewonnen sei, so sei das nicht zuletzt der Tatsache zu danken, daß Ebert damals nicht — wie er beabsichtigte — zurückgetreten sei. Ebert sei aus der Enge des Parteidenkens zu einem großen deutschen Staatsmann herausgewachsen, der unserem Volke neue Wege gezeiget hat, der die Einheit des Reiches sichern half und dem wir deshalb alle zu Achtung und Dank verpflichtet bleiben.

### Herriot zu dem Vorschlag d'Ormesson

Herriot über eine deutsch-französische Verständigung  
Paris, 5. Febr. In der „Ere Nouvelle“ beschäftigt sich Herriot mit dem Artikel von Vladimir d'Ormesson in der „Europe Nouvelle“ über eine deutsch-französische Zusammenarbeit, die die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland vermindern soll. Herriot erklärt dabei u. a.: Deutschland sei unerschütterlich krank; aber es verfinke noch über einen guten und mutigen Arzt. Wenn Frankreich Deutschland helfen könne, wäre das eine geschickte und vorsichtige Maßnahme gegen die „brutalen und blutdürstigen Ebrungen der Revolution“. Herriot findet den Plan d'Ormessons etwas kompliziert und daher nicht ungelährlich und zwar mehr noch für die Zukunft als für die Gegenwart, und möchte eine einfachere und gerechtere Methode vorgezogen wissen. In der vorliegenden Form verlange man seiner Ansicht nach von Frankreich zu viel; immerhin müsse man über den Plan nachdenken. Der Schlüssel der europäischen Politik sei die deutsch-französische Verständigung.

### Neues vom Tage

Der neue Gesandte in Peking  
Berlin, 5. Febr. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, ist das Abkommen der chinesischen Regierung zur Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Trautmann als deutschen Gesandten in Peking in Berlin eingetroffen.

Zustimmung der Landvolkpartei zum Volksbegehren  
Von der Deutschen Landvolkpartei ist zur Einleitung des Volksbegehrens folgende parteiamtliche Erklärung abgegeben worden: „Das Deutsche Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) wird das Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtages mit größtem Nachdruck unterstützen, weil die jetzige Zusammensetzung des preussischen Landtages nicht dem Willen des preussischen Volkes entspricht.“

Daimler-Benz vergibt die Dieselmotoren-Lizenz nach Frankreich  
Stuttgart, 4. Febr. In Paris ist unter Mitwirkung der Compagnie Generale de Construction de Locomotives (Balloons-Explosion), der Societe Nouvelle des Automobiles Unie, der Bank Louis Villois die Aktiengesellschaft Societe des Diesels Rapides mit einem Kapital von 5 Millionen Francs gegründet worden, welche das ausschließliche Fabrikationsrecht für Daimler-Benz-Dieselmotoren für Frankreich und die französischen Kolonien erworben hat.

Zusammenstoß vor der Wiener Universität  
Wien, 4. Febr. Heute vormittag kam es vor der Universität im Zusammenhang mit den denkwürdigen Studentenkommissionen wieder zu Anfeindungen der östlichen und der sozialistischen Studenten. Als die auf der Rampe stehenden Studenten Intendanten und Karabinieri nach den Anschlagstellen warteten und dabei auch einen Sicherheitsbeamten trafen, griff die Sicherheitswache energisch ein und machte diesem Vorgehen unter Anwendung des Gummiknüppels ein Ende.

Ein Stuttgarter Rechtsanwalt tödlich verunglückt  
Juss (Engadin) 5. Febr. Die beiden Freunde und Kurgäste des Hotels Concordia in Juss, Dr. med. Siegel und Rechtsanwalt Gebhard Feig, beide aus Stuttgart, wollten am Mittwoch nachmittag einen Gang unterhalb des Fels Albana traversieren. Sie gerieten dabei in das Lawinengebiet des Val Buera. Hier brach eine Schneewand los und Rechtsanwalt Feig, der mitgerissen wurde, wurde von den nachströmenden Schneemassen begraben. Der Verunglückte ist 40 Jahre alt. Am Donnerstag früh ist eine große Rettungsschlange aufgedrungen, um den Vermissten zu suchen.

Einmonatige Schließung der spanischen Universitäten  
Madrid, 4. Febr. Durch eine königliche Verordnung wird die einmonatige Schließung nicht nur der Universität Madrid, sondern sämtlicher spanischen Universitäten verfügt. Die Schließung wird mit den Zwischenfällen begründet, die sich in der letzten Zeit in Madrid und verschiedenen anderen Universitätsstädten ereignet haben.

## Märtyrer der Liebe

Roman von J. Schneider-Frühl  
Nachdruck verboten.

21. Fortsetzung.

Reichmanns Arm, den er um Elisabeths Nacken gelegt hatte, fiel herab. Das junge Mädchen fürchtete sich vor dem Ausdruck seines Gesichtes und trat unwillkürlich einen Schritt gegen das Wasser zu, er tastete mit einem schmerzenden Griff nach ihrem Arm.

„Bleib hier! — Ich will dem Chauffeur sagen, daß er vorausfahren soll.“

Er sprang die Höhe hinauf, um den Befehl zu geben. Elisabeth verzweifelnd schaute seinen Blick von vornhin. Eine milde Angst schloßte ihr die Kehle zusammen.

Sie sah in die Richtung, welche er genommen hatte. Es war nichts mehr zu sehen von ihm. Nun tat sie doch das Kindische, Väterliche! Sie sah sich nicht mehr um, hegte nur durch den Wald. Nicht über den Fluß, da sah er sie zum ersten. Quer durch die Stämme. Sie hörte Schritte rollen, hörte, wie er in langen Sähen den Abhang hinunterstreckte.

„Elisabeth!“

Sie gab keinen Laut von sich, wagte nicht mehr zu laufen, jeder Schritt wurde zum Verräter.

Aber ihr weißes Kleid zeigte ihm den Platz, wo sie stand. Und er kam.

Er sagte nichts, nur mit einem langen Blick maß er ihre Gestalt.

Dann nahm er seinen heißen Staudmantel ab und legte ihn über einen Baumstumpf.

„Sieh dich, bitte!“

Sie gehorchte wie ein Pagen. Aber sie mußte beide Hände vor das Gesicht schlagen. Er haßte Tränen!

„Siehst du auch bequemer?“

Sie nickte. Wie gleichgültig war es doch, ob sie bequem lag oder nicht.

Er lehnte an einem Baumstamm und sah auf sie herab, er suchte nach einem einleitenden Wort und fand keines. Das Schweigen ließete wie ein Alp auf ihr.

Ich will ihm helfen, dachte sie. Er hat nicht den Mut, sein angeheimes Wort zurückzunehmen.

Die Hände im Schoß, sagte sie, ohne ihn anzusehen, das, was sie glaubte, seinen Wünschen entgegenzukommen.

„Bitte, Georg, gib mir mein Wort zurück.“

„Er würde zusammen, Nein!“

„Ich — du sollst nicht glauben, daß du mich um jeden Preis mit durchs Leben schleppen mußt!“ begann sie stöhnend von neuem. „Mit Vater werde ich alles regeln. Er braucht ja die Wahrheit nicht zu wissen!“

„Ja, fang nur an zu lügen, dann bringst du es genau so weit, wie ich es gebracht habe.“ lachte er schneidend auf.

Und dann begann er ihr alles zu sagen! — Alles! — Auch sein gestriges Besammensein mit Kella verschwiegen er nicht.

Als er erwähnte, daß seine Vergiftung von dem Optimum herrührte, streckte sie abwehrend beide Hände aus.

Er griff hastig danach, aber sie zog sie ebenso rasch wieder zurück.

„Habe Erdbeeren, Elisabeth!“ Ihre Hände an seinen Mund hebend, küßte er sie so demütig, wie sie gekostet die seinen.

„Ich kann dich ja nicht freigeben!“ stieß er heraus. „Ich kann ja nicht! Ich will mit der Hochzeit warten, bis du dich mit allem abgefunden hast. Du brauchst mich nicht zu empfangen, wenn ich komme, du sollst mich nicht küssen, wenn du einen Ekel vor mir verspürst, es soll sein, als stünde ich erst im Begriffe, um deine Liebe zu werden. Ich will es tun. Sagen wir, ich komme in zwei Jahren wieder. Ist es dir recht so, Elisabeth?“

Er hatte den Weg zu ihrem Herzen gefunden. Mit ihren schmalen, in höchster Erregung zitternden Händen zog sie seinen Kopf zu sich herunter und küßte ihn. Aber ihre Lider blieben geschlossen.

„Wißt du mich nicht ansehnen, mein Häschen?“

Er drehte, das gefagt zu haben, denn der Blick, mit welchem sie zu ihm emporstarrte, war nicht voll des Trahnsenden, gläubigen Etwas, das früher immer aus demselben gesprochen hatte. Fast glanzlos war er und ohne jeden Ausdruck.

Er haßte sich und hätte sich züchtigen mügen und das blonde Weib des Hüttenkönigs desgleichen.

„Elisabeth, vergiß, was ich dir gefagt habe!“ bat er. „Das andere, heb, das war ein Kauf! Und das andere —“

bei Gott, ich habe es nicht gewollt! Ich bin — seit du meine Braut wurdest, niemals mit ihr zusammengetroffen. Ich hätte nicht hingehen sollen! Das hat mich schuldig gemacht! Und sie lag in Herzkämpfen. — Hätte ich sie sterben lassen sollen, Elisabeth?“

Sie wehrte erschrocken.

„Nicht, Elisabeth!“

„Nein!“ kam es leise.

Die Wipfel der Rotannen schimmerten glufarden im letzten Licht der Abendsonne. Wie mit Blut vermengt rannen die Wellen des Flusses über das tiefe Bett.

Elisabeth sah gedankenerloren in den Abend. Von fernher kamen Glodentöne, die der Ostwind auf seine Flügel genommen hatte.

„Ich muß heim!“ sprach sie hastig, ohne Reichmann anzusehen.

„Wohin mußt du morgen, wenn es Abend wird?“ frag er bittend.

Sie zuckte zusammen.

„Heim! — Auch heim! — Heim zu mir! — Ja, Elisabeth?“

Es kam nur ein Nicken. Ihre Wangen brannten plötzlich, als hätte die Sonnenglut auf sie abgefährt.

„Kommst du gerne?“

„Ja!“

„Ja,“ lachte er jubelnd in den Abend. „Ich will dir ein guter Mann sein — ein guter Mann! — Wenn du nicht zufrieden mit mir bist, sollst du deine Freiheit zurückhaben!“

„Ich will nicht frei sein von dir!“ stammelte sie erregt.

Er küßte sie dankbar.

Von Ludwigstal herauf kamen nun auch die Abendglocken. Vater werde sich sorgen, meinte sie, und Hanna auch. Sie lief mehr als sie ging neben ihm her. Er sah, wie sie allmählich mühsam atmete.

„Wißt du nicht mehr gehen, mein Häschen? — Komm!“

Er hob sie trotz ihres Sträubens in die Arme und setzte sie nicht mehr zu Boden, bis sie das Herrenhaus vor sich sah.

Die blauen Fenster spiegelten dunkelviolett in der untergehenden Sonne.

(Fortsetzung folgt.)



